

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Um einen **Erfahrungsaustausch beim Leuchtturm** in Reichenbach stellt es auf Seite 2.

Das **Flatratetrinken in Plauen** ist Gegenstand eines Artikels auf Seite 2. In seinem **Kommentar** dazu stellt Rolf Schwanitz zudem fest, dass dies offenbar kein Thema von Interesse ist.

Seite 3 steht im Zeichen der Verbraucher, **15 Jahre Verbraucherzentrale Auerbach**.

Außerdem ist auf Seite 3 ein Bericht über **Deutschlands gesündeste Unternehmen** zu finden.

Der **Postmindestlohn** ist Thema auf Seite 4. An dieser Stelle wird daneben die **neugestaltete Homepage von Rolf Schwanitz** präsentiert.

Der **Regine-Hildebrandt-Preis** geht nach Sachsen und der **Demokratiepreis** nach Plauen. Weitere Themen auf Seite 5 sind ein Spendenaufruf für den **Weltcup in Klingenthal** und der Stand bei der **Ortsumgehung Göltzschtal**.

Auf der letzten Seite geht es um die **Umweltbelastungen durch Öfen**.

Die frechen Strolche schreiben hier einen Brief nach England. Und wie immer sind auf der Seite 6 die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden**.

Kinder besser schützen

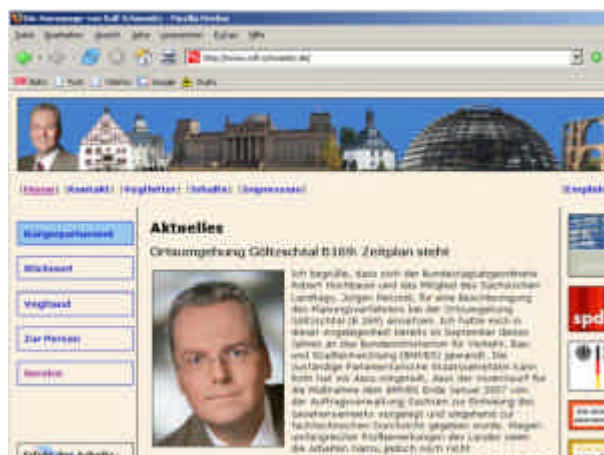
Die meisten Kinder in Deutschland fühlen sich wohl und leben gesund. Ihre Eltern lieben und fördern sie, wollen das Beste für die Zukunft ihrer Kinder und nehmen ihre Erziehungsverantwortung ernst. Doch leider gibt es immer wieder auch Eltern, die verunsichert und überfordert sind. Dies kann zu Kindesvernachlässigung, -misshandlung oder sogar zur Kindstötung führen, wie die jüngsten Fälle in Berlin, Schwerin, Plauen und Darry zeigen. Diskutiert wird in der Öffentlichkeit darüber, welche Möglichkeiten der Staat hat, solche Tragödien zu verhindern.

Auch der Deutsche Bundestag debattierte am gestrigen Donnerstag über bessere Möglichkeiten des Kinderschutzes. Das Parlament nahm einen gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen von Union und SPD an, in dem gefordert wird, soziale "Frühwarnsysteme" zu entwickeln und Familien in besonderen Belastungssituationen eine besondere Hilfe zu geben. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat inzwischen einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen vorgelegt, den er in der nächsten Woche zum Thema der Ministerpräsidentenkonferenz machen will. Teil des sieben Punkte umfassenden Gesamtkonzeptes ist ein Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes, der bereits mit der SPD-Bundestagsfraktion abgestimmt ist. Darin heißt es: "Jedes Kind hat das Recht auf eine positive Entwicklung und Entfaltung sowie auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit." Außerdem sollen in allen Ländern verbindliche Einladungen zu Vorsorgeuntersuchungen eingeführt werden. Dazu muss ein flächendeckendes System aus Einladeverfahren, kontrollierenden Rückmeldemechanismen und aufsuchender Sozialarbeit durch den öffentlichen Gesundheitsdienst oder das Jugendamt geschaffen werden. Einige Länder gehen bereits mit gutem Beispiel voran: So wird im Saarland ein solches Verfahren bereits praktiziert. Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben entsprechende Kinderschutzgesetze vorgelegt. Rolf Schwanitz begrüßt die Initiativen der Länder, Vorsorgeuntersuchungen verbindlich zu machen und dafür zu sorgen, dass alle Kinder erreicht werden. Er sagte dazu: "Das ist ein guter Weg. Das Wichtigste bleibt aber die aufsuchende Hilfe. Dazu muss endlich auch wieder mehr Personal bei Gesundheits- und Jugendämtern beschäftigt werden."



© Hans-Peter Reichartz/pixelio

Website im neuen Gewand



Seit Dezember 2007 ist die neue Website von Rolf Schwanitz online. Auf der von einem angenehmen Beige dominierten Seite sind die aktuellen Meldungen gleich auf der Startseite zu finden. Nicht nur optisch unterscheidet sich die Website von der alten, auch inhaltlich wurde sie deutlich erweitert. Besonders hervorgehoben werden muss das Bürgerparlament. Künftig können ...

Weiter auf Seite 4

Erfahrungsaustausch ist wichtig



Am weihnachtlich geschmückten Kaffeetisch

Am 6. Dezember, dem Nikolaustag, nahm der vogtländische SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz mehrere Termine in Reichenbach wahr. Nicht zum ersten Mal stand dabei auch wieder ein Besuch des Leuchtturm e. V. auf dem Programm. Obwohl diesmal

nicht soviel Zeit wie sonst zur Verfügung stand, hatte Rolf Schwanitz ausreichend Gelegenheit, Informationen aus der Arbeit des kirchlich geprägten Vereins zu erhalten. Frau Schramm, die Vorsitzende des vorwiegend von Spenden getragenen Vereins, berichtete über die aktuelle Arbeit. Aus ihrer Sicht wird zu oft weggeschaut, wenn Kinder in sozial kritischen Familien vernachlässigt werden. Der Verein will helfen, bevor

"etwas passiert", Hilfe zur Selbsthilfe geben sowie Werte und Halt in der Gesellschaft vermitteln. Ziele, die auch Rolf Schwanitz unterstützt. Frau Schramm berichtete außerdem von den Plänen im nächsten Jahr. So will man einen Runden Tisch anregen, an dem Ärzte, Betreuer und das Jugendamt sitzen. Denn der Erfahrungsaustausch ist wichtig. Auch 2008 will der Verein hilfesuchende Jugendliche bei Behörden gängen begleiten. Doppelt so lange wie ursprünglich geplant dauert der Besuch schließlich. Doch das ist "gut investierte Zeit", findet Rolf Schwanitz, denn er schätzt die Arbeit des Reichenbacher Vereins.

Kurz kommentiert

Flatrate-Trinken in Plauen kein Thema von Interesse

Die Bürger erwarten bei drohender Gefahr schnelles Handeln. Und dies von der Politik ebenso wie von den Medien. Das ist leider weit gefehlt, denn das öffentliche Interesse folgt anderen Regeln. Seit mehreren Wochen breche ich eine Lanze gegen das seit Oktober im Plauener "N.1" monatlich wiederkehrende Flatrate-Trinken. Allerdings zeigt man im Plauener Rathaus, im Stadtrat und teilweise auch bei Medien an diesem Thema kein Interesse. Die Botschaft ist bitter: Es muss offensichtlich erst das Kind in den Brunnen gefallen sein, bis so etwas in Plauen ein echtes Thema wird. Erstaunlich nur, dass dies bei anderen Themen und Personen anders ist. So waren etwa die Fragen, ob Reinigungsfirmen tüchtig arbeiten oder ob man im Rathaus freundlich grüßt, Themen von höchstem öffentlichen Interesse. Also halte ich ausdrücklich fest: Sollten wir in absehbarer Zeit in Plauen nach einem Komasaufen im "N.1" unseren ersten Flatrate-Toten haben, rufe keiner nach den Verantwortlichen. Die Verantwortung liegt dann auch bei jenen, die vorher ganz bewusst weggeschaut haben. Egal, ob es sich um Vertreter des Rathauses oder der Medien handelt.

Rolf Schwanitz

Auch im Dezember Flatrate-Trinken in Plauen - Wann handelt das Rathaus?

Nachdem die Diskothek "N.1" bereits im Oktober und November mit städtischer Genehmigung die Plauener Jugend zum Flatrate-Trinken aufgerufen hat, soll dies nun auch im Dezember eine Fortsetzung finden. Auf ihrer Homepage hat das "N.1" bereits ein entsprechendes Plakat eingestellt. Es kündigt für den 21. Dezember erneut einen

so genannten "15€-Tag" an. Dieses Plakat wird sicherlich in wenigen Tagen auch in den Plauener Straßen erscheinen. Die Botschaft an die Jugend ist klar: Alkohol trinken, soviel man will und kann - und das zum Pauschalpreis. Deutschlandweit sind diese Marketingkonzepte wegen ihres jugendgefährdenden Charakters mittlerweile ge-

ächtet und werden durch die Kommunen verboten. Denn nach geltendem Recht sind Veranstaltungen mit "Flatrate-Angeboten" für alkoholische Getränke unzulässig, die erkennbar auf die Verabreichung von Alkohol an Betrunkene abzielen. Bereits im Vorfeld kann die Bewerbung entsprechender Veranstaltungen verboten werden, da die Annoncierung solcher Veranstaltungen ein klares Indiz für die Abgabe von Alkohol an Betrunkene darstellt. Und die Durchführung solcher Veranstaltungen kann zum Widerruf der Gaststättenerlaubnis führen. Andernorts hat man dies gelernt und reagiert entsprechend. Anders jedoch bisher in Plauen. Obwohl Rolf Schwanitz die Verantwortlichen im Rathaus zum Handeln aufgefordert hat, schauen diese offenbar weiter weg.



Auszug aus der Homepage des "N.1"



15 Jahre im Auftrag der Verbraucher



Heike Teubner, Leiterin der Auerbacher Beratungsstelle, und Rolf Schwanitz

Sie haben sich am Telefon einen Vertrag aufschwätzen lassen, den Sie gar nicht benötigen? Sie möchten Ihren Stromanbieter wechseln oder sich in Fragen der Altersvorsorge kompetent und unabhängig beraten lassen? Dann sollten Sie eine Verbraucherberatungsstelle aufsuchen. Davon haben wir im Vogtland gleich

zwei: Neben Plauen kümmert man sich auch in Auerbach um die Probleme der Verbraucher und das nun seit 15 Jahren. Dabei hat die Auerbacher Beratungsstelle eine besondere Geschichte: Im Dezember 1992 wurde sie auf Initiative von Heike Teubner als so genannter "Quereinsteiger" in Klingenthal ge-

gründet. Mit Fleiß, Ehrgeiz und einer gehörigen Portion Durchhaltevermögen erreichten sie nicht nur die Übernahme durch den Verein der Verbraucherzentralen 1995. Auf stolze 157.000 Beratungen haben sie es in den 15 Jahren gebracht. Dazu fand in der vergangenen Woche eine kleine Feier in den Räumlichkeiten in Auerbach, die 1996 bezogen worden waren, statt. Rolf Schwanitz überbrachte seine allerherzlichsten Glückwünsche und wünschte dem Team auch für die Zukunft eine erfolgreiche Arbeit im Interesse der Verbraucher.

*Service:
Verbraucherzentrale
Sachsen, Beratungsstelle
Auerbach, Am Graben 12,
08209 Auerbach, Fax:
03744 / 219643, Mail:
VZS.AUBA@t-online.de,
Termintelefon: 0 37 44 / 21
96 41*

Kurz gemeldet

Neue Rechengrößen

2008 gelten neue Rechengrößen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. So wurde die Versicherungspflichtgrenze für das Jahr 2008 auf 48.150 Euro (2007: 47.700 Euro) festgesetzt. Die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung liegt im nächsten Jahr bei 43.200 Euro (2007: 42.750 Euro). Die Beitragsbemessungsgrenze ist der Wert, bis zu dem beitragspflichtige Einnahmen maximal zu berücksichtigen sind. Auch die monatliche Bezugsgröße wurde für das Jahr 2008 neu festgesetzt: auf 2.485 Euro (2007: 2.450 Euro). Die monatliche Bezugsgröße ist z. B. für die Festsetzung der Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für freiwillige Mitglieder relevant.

Schüler zu Besuch bei Rolf Schwanitz

Ende November reisten 40 Schüler der Mittelschule Weinhold Reichenbach nach Berlin. Auf dem vom Netzwerk Sachsen organisierten Seminarprogramm standen u. a. der Besuch einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages. Anschließend stellte sich Rolf Schwanitz den Fragen der Schüler. Vor dem Hintergrund der gerade erlebten Plenarsitzung wurden viele Fragen dazu gestellt. U. a. fiel den Schülern auf, dass sich bei der Debatte nicht alle Abgeordneten im Saal befanden. Rolf Schwanitz erklärte, dass der Hauptteil der Arbeit in den Ausschüssen stattfindet. Daher sind bei den Debatten im Plenum meist nur Fachpolitiker anwesend. Bei Abstimmungen oder in den so genannten Kernzeiten dagegen füllt

Deutschlands gesündeste Unternehmen

Zusammen mit der Europäischen Kommission vergab der BKK Bundesverband Anfang Dezember in Köln erstmalig den "Unternehmenspreis Gesundheit". 400 Betriebe und öffentliche Verwaltungen aus ganz Deutschland haben sich seit Anfang 2007 an dem Wettbewerb beteiligt. Nach einem dreistufigen Auswahlverfahren wurden letztendlich elf vorbildliche Unternehmen ausgezeichnet. Rolf Schwanitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, verlieh dabei eine Urkunde an einen der Sieger in der Kategorie Großunternehmen, die Aktiengesellschaft SAP. In der Kategorie Klein- und Mittelunternehmen wurde die REWE Tönnies OHG, in der Kategorie Gesundheitswirtschaft das Stiftungsklinikum Mit-

telrhein und in der Kategorie öffentlicher Dienst die Stadt Dortmund sowie die Deutsche Rentenversicherung prämiert. Ehen Sonderpreis "Fit in die Zukunft" erhielten die VHH PVG Unternehmensgruppe (Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG) und die Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH (PVG), die sich unter dem Motto "Fit fürs Alter - fit for life" dem Erhalt der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit ihrer über 50-jährigen Busfahrer im öffentlichen Nahverkehr widmen. Für Rolf Schwanitz ist klar, dass sich "die Zukunft unserer Sozialsysteme maßgeblich daran entscheidet, ob uns eine Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung gelingt.



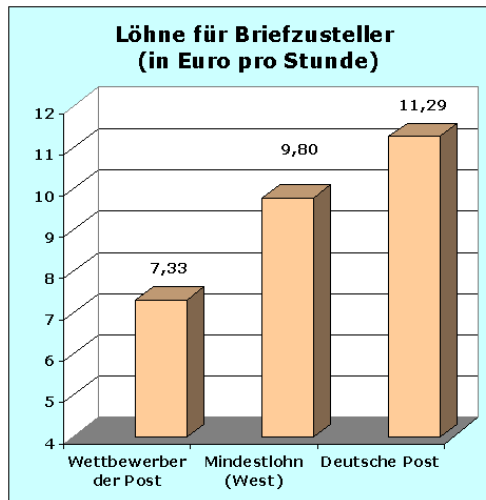
Rolf Schwanitz überreichte die Auszeichnungsurkunde

Hierfür brauchen wir einen Mentalitätswandel in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei spielt der Betrieb als Lebenswelt, in der die Menschen einen großen Teil ihrer Zeit verbringen, eine wichtige Rolle."

Mindestlohn für Briefträger

Der Deutsche Bundestag hat heute die Aufnahme der Briefdienstleister in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz beschlossen. Damit gilt zum 1. Januar ein Mindestlohn für das Briefdienstgewerbe. Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (neue Länder 9 Euro), für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) beträgt der Mindestlohn 8,40 bzw. 8 Euro. Der Postmindestlohn stellt sicher, dass die Arbeitnehmer nicht die Leidtragenden der Liberalisierung des Postmarktes ab 2008 sind. Wettbewerb wird hier dann nicht über die Löhne erfolgen. Nach Auffassung von Rolf Schwanitz muss Wett-

bewerb über die Qualität des Managements, über innovative Produkte und Dienstleistungen ausgetragen werden, nicht über die Löhne. Deshalb hält er die Ankündigung der in Luxemburg ansässigen PIN-Group, Arbeitnehmer zu entlassen, für einen Skandal: "Offensichtlich beruht das Geschäftsmodell von PIN ausschließlich auf Lohndumping. Das



Management sucht jetzt einen Sündenbock für eine verfehlte Unternehmenspolitik und schiebt den Arbeitnehmern den 'Schwarzen Peter' zu."

Oettinger bestätigt Merkels Wortbruch

Wir erinnern uns: Im Zusammenhang mit dem Streit um die mittlerweile beschlossenen Mindestlöhne bei der Post hatte es unterschiedliche Darstellungen zwischen SPD und CDU über die Gespräche im Koalitionsausschuss gegeben. Als die Bundeskanzlerin zeitweilig eine Verweigerungshaltung einnahm, warf ihr die SPD Wortbruch gegenüber früheren Zusagen vor. Die Union und allen voran Merkel selbst meinten, eine solche Zusage für Mindestlöhne bei der Post nie gegeben zu haben. Nun bestätigte der CDU-Ministerpräsident Oettinger unfreiwillig die Darstellung der SPD. Er sagte Medien zufolge, man werde künftig keinen weiteren Mindestlöhnen mehr für andere Branchen zu stimmen. Bei der Post sei dies etwas anderes gewesen, hier war man der SPD gegenüber im Wort!

Website im neuen Gewand

Fortsetzung von Seite 1

die Bürger hier zwei Mal jährlich über Fragen, die auch Thema im Deutschen Bundestag sind, abstimmen. Rolf Schwanitz hat sich dabei vom "Schweizer Modell" inspirieren lassen. So wird in einer so genannten "Abstimmungserläuterung" unparteiisch über den jeweiligen Sachverhalt informiert sowie präzise und verständlich dargestellt, worum es bei der Abstimmung geht. Nach der

Abstimmung im Deutschen Bundestag begründet Rolf Schwanitz seine Entscheidung auf der Website. Das Bürgerparlament ist ein Weg zu stärkerer Bürgerbeteiligung. Es zeigt auch, wie moderne Bürgerbeteiligung in Deutschland nach einer Grundgesetzänderung aussehen könnte. Bis zum 31. März 2008 ist die Patientenverfügung Thema im Bürgerparlament. Die Website wurde außerdem um viele Fakten und Analysen zu den The-

men Gesundheit, Arbeit, Steuern, Rente und Haushalt erweitert. Zu finden sind auch wieder die Vogtlandfakten, frühere Wahlergebnisse und viele Informationen über den Wahlkreis, zum Beispiel zur Tourismusregion. Viele Fotos, wie über den Vogtlandbesuch des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, ergänzen das Angebot. Der Vogtletter wird selbstverständlich weiterhin angeboten und kann über die obere Menüleiste bestellt werden. Im Servicebereich besteht wieder die Möglichkeit, sich zu einer Bürgersprechstunde anzumelden. Neben Wissenswertem zu Rolf Schwanitz und seinen politischen Schwerpunkten ist das Webangebot um die Tipps für Fahrradtouren im Vogtland erweitert. Als begeisterter Fahrradfahrer erkundet Rolf Schwanitz diese Touren selbst. Zu finden ist die Webseite wie bisher unter www.rolf-schwanitz.de



Alltag vor 20 Jahren:

21 Hasenrassen züchten die Mitglieder der Sparte 409

10 Kilogramm der Angorawolle gehören zur Bilanz

Seit sechs Jahren zeichnet Lisa Härtel als Vorsitzende der Sparte verantwortlich und ist gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende der Kreiszuchtkommission. Dank einer guten Zusammenarbeit mit der Sparte „Kunzpark“ war es für die Rassekaninchenzüchter ein arbeitsreiches Jahr mit einer guten Bilanz. In der Weißfleischproduktion wurden 1026,8 Kilogramm erreicht, wovon 748,5 Kilogramm zum Verkauf abgegeben wurden. Hinzu kommen 174 Felle und 10,3 Kilogramm Angorawolle – im Vorjahr waren es nur 6,3 Kilogramm. Im Republikdurchschnitt zieht eine Häs in im Jahr 10,5 Junge auf, die Kollektivverpflichtung der Sparte 409 lautet 9,0 pro Häs in, eine gute Zielstellung.

Quelle: Freie Presse, 30.12.1987

Regine-Hildebrandt-Preis 2007



Mit dem Regine-Hildebrandt-Preis der SPD sind 2007 drei soziale Projekte ausgezeichnet worden. Am 26. November, dem Todestag von Regine Hildebrandt, wurde damit zum sechsten Mal das Lebenswerk der großen Sozialdemokratin geehrt. Mit dem mit 20.000 Euro dotierten Preis werden gesellschaftliche Gruppen und Personen ausgezeichnet, die für Ostdeutschland und für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt wirken und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten. In diesem Jahr wurde der Preis angesichts etlicher hochwertiger Bewerbungen zu gleichen Teilen an drei Projekte vergeben. Eines

davon ist der Dresdener Verein BürgerCourage e.V. Dieser Verein ist Initiator und Organisator einer kontinuierlichen, überparteilichen Bürgeraktion für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Dazu ist nicht nur viel Überzeugungskraft nötig, sondern auch eine gehörige Portion Mut und Motivation. Dem Verein gelingt es auf beeindruckende Weise, Öffentlichkeit für sein Anliegen zu schaffen und so die Zivilgesellschaft zu stärken. So wurden ganze Stadtteile zum Flaggezeigen gegen Rechts aktiviert, Ausstellungen an die Elbwiesen verlagert oder Musik und Theater als Demokratieveranstaltungen an Schulen gebracht.

Kurz gemeldet

Demokratiepreis vergeben

Zum fünften Mal ist der Demokratiepreis 2007 der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag vergeben worden. Bei einer Veranstaltung im Großen Saal des Hygienemuseums Dresden erhielt der Plauener Verein OASE e.V. für das Projekt "Disco für behinderte Jugendliche" den ersten Preis über 1.500 Euro. Seit zehn Jahren kommen Jugendliche mit und ohne Behinderung regelmäßig zusammen, feiern miteinander und geben sich Mut. Das monatliche Disco-Highlight fördert gegenseitige Toleranz und Akzeptanz und ist damit Vorbild und Beispiel dafür, wie Integration aktiv gelebt werden kann. In diesem Jahr hatten sich insgesamt 60 Vereine und Verbände aus ganz Sachsen an dem Wettbewerb beteiligt.

Schwanitz gibt dem Weltcup sein Gesicht

Nach 20 Jahren sollen endlich wieder die weltbesten Nordischen Kombinierer in Klingenthal um Weltcuppunkte kämpfen. Der Weltcup in der Vogtland Arena soll vom 18. bis 20. Januar 2008 stattfinden. Leider kann jedoch der Deutsche Skiverband aufgrund ausgefallener Sponsorengelder die Weltcup-Veranstalter nicht finanziell unterstüt-

zen. Damit fehlen für die Organisation des Weltcups etwa 300.000 Euro. Der VSC-Klingenthal hat deshalb kürzlich eine Spendenaktion gestartet. Gesucht werden "Weltcup-Retter" zur Finanzierung des Weltcups. Unter dem Motto "Gib dem Weltcup Dein Gesicht", können Spender dabei ihr Foto auf der Bande in der Vogtland Arena präsentieren, wenn

sie mindestens 100 Euro gespendet haben. Rolf Schwanitz gehörte zu den ersten Spendern: "Ich beteilige mich gern an dieser Spendenaktion, denn die Ausrichtung des Weltcups ist sehr wichtig für die Region." Weitere Informationen zur Spendenaktion sind www.weltcup-klingenthal.de zu finden.

Positive Finanzentwicklung

Die gesetzliche Krankenversicherung erzielte im 1. bis 3. Quartal 2007 einen Überschuss von rd. 173 Mio. Euro. Das aktuelle Finanzergebnis fällt damit günstiger aus als im 1. bis 3. Quartal 2006, als die Krankenkassen noch ein Defizit von rd. 300 Mio. Euro verbuchten. Für das Gesamtjahr wird - schon das vierte Jahr in Folge - mit einem Überschuss gerechnet, da die Hälfte des Bundeszuschusses erst im November gezahlt wird und hohe Beiträge aus Einmalzahlungen (Weihnachtsgeld) anfallen. Die Überschüsse sind für die Kassen erforderlich, um die bis 2003 aufgelaufene Verschuldung abzubauen und zum Ende des nächsten Jahres - pünktlich zum Start des Gesundheitsfonds - schuldenfrei zu sein.

Ortsumgehung Göltzschtal B 169: Zeitplan steht

Ich begrüße, dass sich der Bundestagsabgeordnete Robert Hochbaum und das Mitglied des Sächsischen Landtags, Jürgen Petzold, für eine Beschleunigung

des Planungsverfahrens bei der Ortsumgehung Göltzschtal (B 169) einsetzen. Ich hatte mich in dieser Angelegenheit bereits im September dieses Jahres an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gewandt. Die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth hat mir dazu mitgeteilt, dass der Vorentwurf für die Maßnahme dem BMVBS Ende Januar 2007 von der Auftragsverwaltung Sachsen zur Einho-

lung des Gesehenvermerks vorgelegt und umgehend zur fachtechnischen Durchsicht gegeben wurde. Wegen umfangreicher Prüfmerkungen des Landes seien die Arbeiten hierzu jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Staatssekretärin versicherte mir, dass eine Rückgabe bis Ende des Jahres abzusehen ist, sofern sich nicht noch ein unerwarteter Klärungsbedarf mit dem Land ergeben sollte.



Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741 -134118
Fax: 03741 -708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

14.12.2007, 19 Uhr, Landesvorstand der SPD-Sachsen in Dresden

17.12.2007, 15 Uhr, Besuch der Berufsakademie Plauen durch Staatsministerin Stange

19.12.2007, 7 Uhr, Diskussion mit einer Schulklasse der Mittelschule Neumark

11.1.2008, 10 Uhr, Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

14. bis 18.1.2008, Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin

18.1.2008, 13 Uhr, Diskussion mit Besuchergruppe aus dem Vogtland in Berlin

Die nächste Bürger-sprechstunde:

Klingenthal, Dienstag den 5.2.2008, 12 bis 14 Uhr, im Bürgerbüro von Enrico Bräunig MdL, Kirchstr. 6

Auerbach, Dienstag den 5.2.2008, 15 bis 17 Uhr, im SPD-Büro, Breitscheidstr. 14

Telefonische Anmeldungen unter 03741-134118.

Warm und sauber

Das prasselnde Holzfeuer im Kaminofen ist nicht nur schön anzuschauen, sondern hilft auch beim Klimaschutz, denn Holz ist ein nachwachsender Rohstoff. Inzwischen werden in Deutschland etwa 14 Millionen so genannte Klein- bzw. Einzelraumfeuerungsanlagen (u. a. Kachelöfen, Kaminöfen, Heizkamine, offene Kamine) betrieben. Ein Grund für die Renaissance von Holz als Brennstoff dürfte in den gestiegenen Kosten für Öl und Gas zu finden sein. Die Verbrennung von Holz führt aber zu vermehrten Feinstaubbelastungen der Luft. Die Feinstaubemissionen aus Kleinfeuerungsanlagen sind inzwischen größer als die von Dieselfahrzeugen. Viele Menschen empfinden dies nicht nur als eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität, sondern fürchten auch um ihre Gesundheit. Tatenlosigkeit würde hier die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung entwerfen. Bereits 1997 wurde die zulässige Feinstaubbelastung durch Ölheizungen gesenkt. Auch für die Industrie gelten strenge Grenzwerte, und durch Partikelfilter in Kfz werden Feinstaubemissionen des Straßenverkehrs vermindert. Deshalb ist es nur folge-

richtig, auch Grenzwerte für Kleinfeuerungsanlagen einzuführen. Bei der geplanten Neuregelung soll das Alter der Heizungsanlage berücksichtigt werden. Die Einhaltung der Grenzwerte ist zunächst durch eine Bescheinigung des Herstellers oder über eine Vor-Ort-Messung nachzuweisen. Heizungsanlagen, die die Grenzwerte einhalten, dürfen zeitlich unbegrenzt weiter betrieben werden. Die Grenzwerte werden bereits heute von modernen Anlagen erreicht. Ist ein Nachweis bis zum 31. Dezember 2012 nicht möglich, sind bestehende Anlagen umzurüsten (z.B. mit einem Feinstaubfilter) oder außer Betrieb zu nehmen. Dafür gelten abhängig vom Alter der Heizungsanlage Übergangsfristen: Bis Ende 2014 für Anlagen, die vor 1975 errichtet wurden. Für jüngere Anlagen verlängert sich die Übergangsfrist schrittweise bis Ende 2024. Die Anlagen werden also sehr viele Jahre in Betrieb sein, bevor eine Umrüstung oder Neuanschaffung notwendig ist. Ausgenommen von der Neuregelung sind private Herde, Badeöfen, offene Kamine, und Einzelraumfeuerungsanlagen, die vor dem 1. Januar 1950 hergestellt oder errichtet wurden.

Freche Strolche



He Maxe, wo willst'n hi so eilig?

Muss mich beeile Moritz, mei Brief muss noch nuff uff de Post!

Was hast'n da füre wichdiches Dokumend Maxe?

Na haste nich gelese im Vochdland-Anzeicher Moritz?

Ne Maxe, was stand'n da drinne?

Da war e dolle Meldung aus Falkenstaa Moritz: Die ham im Oktober 1989 e Denkmal für Max Hölz errichtet und dann hatt's der Rauchalles wegen der Wende e halbes Jahr später wieder in der Versenkung verschwinden lassen.

Aber das is doch eher peinlich Maxe. Wem willst'n das nu schreim?

Das is doch klar wie Klosbrie Moritz. Mei Brief geht naus ans Guinness-Buch der Rekorde Moritz. Da kimmt das nei als das kürzeste Denkmal aller Zeiten!

